

Nachbarschaftliche Hilfenetzwerke im Katastrophenfall

Nachbarschaft ist der wohnnahe Bereich (Günther 2005, S. 428). Sie besteht folglich aus nahen anderen Wohnungen, Gebäuden, Plätzen, Wegen usw. sowie den Menschen, die dort leben oder sich dort aufhalten. Nachbarschaft allein physisch-räumlich zu definieren, greift jedoch zu kurz. Es fehlt eine wesentliche Qualität von Nachbarschaft: Die Interaktion zwischen den Personen, die diesen Raum teilen. In dieser erweiterten handlungsbezogenen Perspektive ist Nachbarschaft der Bereich, in dem es „wohnnahe“ zu einem persönlichen, unmittelbaren Austausch mit anderen kommt. Eine solche Wechselbeziehung kann in einem bloßen sich zur Kenntnis nehmen, dem gegenseitigen Grüßen, in Gesprächen, dem Austausch von Gefälligkeiten oder auch weiterreichenden Hilfeleistungen bestehen. In dieser Perspektive sind Nachbarn Interaktionspartner, die einen bestimmten städtischen oder auch dörflichen Raum teilen und Nachbarschaft wird zu einer Gemeinschaft des Ortes. Nachbarschaft ist „eine soziale Gruppe, deren Mitglieder primär wegen der Gemeinsamkeit des Wohnortes miteinander interagieren“ (Hamm 1972, S. 18; Hamm 2000).

„Ursprünglich in dörflich-ländlichen Kleinsiedlungsgebieten als existenzsichernde gegenseitige Not- und Hilfsgemeinschaft von fundamentaler Bedeutung ist Nachbarschaft mit der Entwicklung urbaner Lebensformen immer unverbundlicher geworden.“ (Hillmann 1994; vgl. auch Siebel 2015). Folgt man dieser Sicht, hätte sich der Wert von Nachbarschaft mit der Urbanisierung westlicher Gesellschaften historisch überholt und Interaktionen zwischen Nachbarn wären wenig mehr als ein freundlicher, den informellen Konventionen geschuldeter Austausch zwischen Gebietsanrainern. Putnam erweiterte diese Position um eine kulturkritische Dimension. Seit den 1950er Jahren seien sämtliche Formen der direkten sozialen Interaktion zurückgegangen und als Folge wäre das zivilgesellschaftliche Engagement als ein wesentliches Element westlicher Demokratien nicht mehr gesichert. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf die Nachbarschaft: Auch dort wäre eine dramatische Erosion des sozialen Kapitals, des Allgemeinguts zu beklagen, das sozialen Zusammenhalt gewährleistet (Putnam 1995 und 2001).

Ein genereller Zusammenhang von urbaner Lebensweise und einer Erosion nachbarschaftlicher Strukturen ist jedoch nicht belegt. Im Gegenteil: Empirischen Befunde deuten darauf hin, dass Nachbarschaft heute zwar nicht mit vor-

modernen Not- und Hilfgemeinschaften zu vergleichen ist, aber auch die Bewohner großstädtischer und sozial schwieriger Quartiere in ihrer Nachbarschaft in verbindliche Beziehungen eingebunden sind. In einer Untersuchung von zwei Hamburger Siedlungen hat Klages bereits 1958 festgestellt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Freundschaftsbeziehungen mit Nachbarn bestehen und mit der Dauer des nachbarlichen Zusammenwohnens die sozialen Beziehungen in den Siedlungen intensiver werden (Klages 1958, S. 158ff.). Großen Einfluss auf den Diskurs zu und über Nachbarschaft hatte die Forschung von Gans, der in den frühen 1960er Jahren als teilnehmender Beobachter die Nachbarschaftsbeziehungen der Bewohner eines Quartiers armer italienischer Einwanderer der zweiten Generation in Boston untersucht hat. Was er vorfand waren enge und dauerhafte Beziehungssysteme, innerhalb derer gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung und Hilfe in erheblichem Umfang organisiert wurden. In Abgrenzung zu dem Stereotyp isolierter, anonymisierter und entsolidarisierter Großstadtbewohner nannte er seine Studie „The Urban Villagers“ (Gans 1982).

In repräsentativen Befragungen der Bevölkerung hat das Allensbach Institut seit 1953 wiederholt danach gefragt, welche Dienste und Gefälligkeiten man seinen Nachbarn erweist. Bis 2007, der letzten Befragung, ist die Hilfsbereitschaft deutlich gestiegen. 2007 passten 16 Prozent zumindest gelegentlich auf Kinder ihrer Nachbarn auf, 35 Prozent erledigten für ihre Nachbarn Einkäufe, 43 Prozent luden sie zu Feiern ein, 51 Prozent borgten ihnen Gegenstände und 70 Prozent nahmen für ihre Nachbarn Post oder Nachrichten entgegen, wenn diese nicht zu Hause waren (Petersen 2012). Eine repräsentative Emnid Befragung aus dem Jahr 2013 geht den Hilfeerwartungen nach. Auf die Frage: „Wann würden Sie bei einem Nachbarn klingeln?“ gaben 84 Prozent an „damit er die Post für mich annimmt“, 72 Prozent „um Werkzeug zu leihen“ und 68 Prozent „damit er die Blumen gießt, wenn ich weg bin“. Deutlich weniger würden (auch) klingeln, um sich etwa wegen zu lauter Musik zu beschweren. Nur drei Prozent teilten mit „ich würde nie klingeln“. Die Bereitschaft beim Nachbarn zu klingeln war bei Personen mit hohem Bildungsstand und aus Haushalten mit hohem Einkommen besonders ausgeprägt („Wann würden Sie beim Nachbarn klingeln?“).

Nachbarn helfen einander mit Werkzeugen, gießen die Blumen und hüten die Kinder des anderen, aber Hilfeleistungen, die gegenseitiges Vertrauen erfordern, erstrecken sich nicht gleichmäßig über die gesamte Nachbarschaft. Verbindliche Beziehungen entwickeln sich zwischen einzelnen, die gewissermaßen stabile Hilfenetzwerke bilden. Und in einer solchen Netzwerkperspektive wird eine besondere Qualität von Nachbarschaft deutlich. Netzwerke können den Zugang zu überhäuslichen Ressourcen eröffnen. Sie führen dadurch zu einer zumindest punktuellen oder temporären Erweiterung der Handlungsspielräume und Leistungsgrenzen von Individuen bzw. einzelnen Haushalten (Glatzer et al.

1984). Die Erwartung oder vielleicht auch nur Hoffnung, in besonderen Situationen für den einzelnen Haushalt zusätzliche Ressourcen mobilisieren zu können, dürfte ein wesentlicher Grund für das in den letzten Jahren deutlich gestiegene Interesse an „Nachbarschaft“ sein.

Von hier ist es allerdings nicht weit zu einer sozialpolitischen Instrumentalisierung von Nachbarschaft für Versorgungsleistungen wie Kranken- und Altenpflege, die staatlicherseits nicht mehr gewährleistet werden können oder sollen (vgl. Bösch 1991). Begleitet werden solche Vorstellungen einer (Rück)Übertragung von Versorgungsleistungen in nachbarschaftliche Verantwortung häufig von Idealisierungen und fast schon Verklärungen von Nachbarschaft als Ort der sozialen Wärme. Das „nachbarschaftliche Miteinander“ wird als Schlüssel zur Erhöhung der Lebensqualität in den Quartieren gesehen. „Intakte Nachbarschaften“ sollen die Integration von Migranten fördern und die Bearbeitung der unterschiedlichsten sozialen Probleme erleichtern. Solche Vorstellungen der gesellschaftlichen Selbstheilung auf der Ebene der Nachbarschaft sind unrealistisch, da Nachbarschaften keine „glücklichen“ Inseln in einer Gesellschaft sind, die von Prozessen der Entsolidarisierung erfasst ist (vgl. Siebel 2009; 2015).

Auch wenn man solche aus dem Ruder laufenden Romantisierungen von Nachbarschaft unberücksichtigt lässt, überwiegt im derzeitigen Diskurs die auch empirisch gut untersetzte Position, wonach Nachbarschaft im großstädtischen Kontext eine sozial stabilisierende Funktion hat bzw. haben kann und dort erhebliche soziale Ressourcen liegen (vgl. Reutlinger et al. 2015; Abt et al. 2014). Verwiesen sei hier insbesondere auf die Arbeiten von Sampson. Für Sampson sind „[neighborhoods] important determinants of the quantity and quality of human behavior in their own right (...) neighborhood is consequence and cause, outcome and producer“ (Sampson 2012, S. 22).

Nachbarschaft ist aber auch ein Konzept. Mit Siedlungen, die an den besonderen Bedürfnissen und dem Lebensgefühl bestimmter Gruppen wie junge Familien oder finanziell gut gestellte Senioren ansetzen oder auch mit Anlagen für generationenübergreifendes Wohnen wird der Versuch unternommen, Nachbarschaft zu inszenieren. Ein bestimmter Lebensstil, der in solchen Projekten gewissermaßen räumlich verdichtet ist, soll die Bildung sozialer Netzwerke katalysieren, die nicht selten darauf abzielen, bestimmte Aufgaben wie die Betreuung von Kindern und Kranken, Mobilität oder Einkauf haushaltsübergreifend zu organisieren. Solche „künstlichen“ Nachbarschaften sollen das Fehlen oder das Ausdünnen anderer informeller Systeme wie Familie oder Arbeit kompensieren. Solche Nachbarschaften lassen sich auch virtuell schaffen. In den USA bezeichnet sich Nextdoor als „the private social network for your neighborhood“ (www.nextdoor.com), und versteht sich als Plattform für die kooperationsorientierte Vernetzung von Nachbarn, die im analogen Raum nicht kom-

munizieren. In Deutschland fördert etwa das Netzwerk Nachbarschaft (www.netzwerk-nachbarschaft.net) nachbarschaftliche Aktivitäten im Rahmen zivilgesellschaftlichen Engagements. Und in Berlin versteht sich WirNachbarn (www.wirnachbarn.com) als lokales Netzwerk, um insbesondere gegenseitige Hilfe und Unterstützung zu organisieren.

Die Liste von Ansätzen und Projekten zur Stärkung von Nachbarschaft ließe sich fortsetzen (Niejahr 2012). Nachbarschaft hat in zahlreichen Entwicklungs- und Förderprogrammen, in städtischen Leitpapieren und kommunalen Initiativen einen herausragenden Stellenwert. „Im Zuge dessen wird (...) versucht, nachbarschaftliche Hilfe- und Unterstützungssysteme aufzubauen, nahräumliche Netzwerke zu stärken oder allgemeiner den sozialen Zusammenhalt resp. Kitt unter den Bewohnerinnen und Bewohnern bestimmter Gebiete zu generieren“ (Reutlinger et al. 2015, S. 11). Wie erfolgreich eine „Rückbesinnung“ auf Nachbarschaft oder vielleicht besser die gesteuerte Synthese von Nachbarschaft sein könnte, soll hier nicht näher erörtert werden. Am Ende dieser allgemeinen, einleitenden Betrachtung steht jedoch die Feststellung, dass gegenseitige Hilfe und Unterstützung eine wichtige Funktion von Nachbarschaft ist und als tragendes Element bei der Entwicklung nachbarschaftlicher Netzwerke gesehen werden kann.

Nachbarschaftliche Resilienzpotenziale im Krisen- und Katastrophenfall

Ein Thema, das im Diskurs zu Nachbarschaft einen erheblichen Raum einnimmt, ist die Produktion von Sicherheit (vgl. Wurtzbacher 2004; Hermann 2009). Zentral ist hier das Konzept der informellen sozialen Kontrolle als Alternative oder Ergänzung zur formellen sozialen Kontrolle durch Polizei und andere staatliche Institutionen. Auf den ersten Blick mag dies als Emanzipation zivilgesellschaftlicher Potenziale gegen obrigkeitstaatliche Kontrollstrukturen erscheinen. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass eine starke informelle soziale Kontrolle von dem Ideal der Kooperation gleichberechtigter und sich tolerierender lokaler Akteure, die quasi als Nebeneffekt Sicherheit schafft, wegführt. Sie kann zur Durchsetzung der Ordnungsvorstellungen einzelner Bevölkerungsgruppen instrumentalisiert werden (Ohder 2014). Informelle soziale Kontrolle kann ausgrenzen und stigmatisieren (Singelstein 2012), sie kann sogar zur Formierung aggressiver fremdenfeindlicher Bürgerwehren mit Tendenzen zur Selbstjustiz beitragen.

Ungeachtet der Ambivalenzen, die mit dem Konzept der informellen sozialen Kontrolle einhergehen, besteht ein weitgehender Konsens, dass nachbarschaftliche Kommunikation und Kooperation das subjektive Sicherheitsempfinden positiv beeinflussen. Der tiefere Grund dürfte in dem Umstand zu suchen sollen, dass sich die Bürger und Bürgerinnen in einer „funktionierenden“ Nach-

barschaft sowohl besser geschützt fühlen und auch davon ausgehen, im Falle einer Viktimisierung Hilfe und Unterstützung zu erhalten.

Nachbarschaft wird auch im Zusammenhang mit Katastrophen und ihrer Bewältigung thematisiert. Dies ist eine recht neue Perspektive, denn der Katastrophenschutz liegt nach herkömmlicher Auffassung im Kernbereich staatlicher Verantwortung und die Bevölkerung wird folglich als Empfängerin staatlicher Hilfe betrachtet. Auch wenn sich die Bevölkerung faktisch an der Bewältigung der Katastrophenereignisse der letzten Jahrzehnte erheblich beteiligt hat, war und ist die Annahme einer prinzipiellen Asymmetrie – hier die geschulten und organisierten Helfer, dort die hilfebedürftige und mit Panik reagierende Bevölkerung – für Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, oder Rotes Kreuz identitätsstiftend (Sticher 2014). Erst in jüngerer Zeit zeichnet sich eine neue Bewertung ab. Zum einen dürfte dies darauf zurückzuführen sein, dass Bürger und Bürgerinnen bei den großen Überschwemmungen der letzten Jahre sehr sichtbar entscheidende Hilfe selbst organisiert und geleistet haben. Zum anderen erkennen die Hilfsorganisation ihre Grenzen. Angesichts der Zunahmen bei der Häufigkeit und den potenziellen Ausmaßen von Katastrophenlagen sowie wachsender Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Mitglieder hat nicht nur in Deutschland ein Umdenken begonnen (Schweer/Ohder 2015). Ein Katalysator für diesen Perspektivwechsel waren Szenarioanalysen zu den Folgen eines langanhaltenden, großflächigen Stromausfalls. In einem solchen Katastrophenfall hätten die Hilfsorganisationen schon aufgrund ihrer Selbstbetroffenheit zu keinem Zeitpunkt die personellen, technischen und kommunikativen Ressourcen, um die Situation zu stabilisieren (Sticher et al. 2013).

Hilfe der Bevölkerung in Katastrophenlagen kann in der Unterstützung der Hilfsorganisationen wie auch in der Selbstorganisation gegenseitiger Hilfe im Katastrophengebiet bestehen. Letztere Variante steht im Vordergrund und bei allen Überlegungen, die in diese Richtung gehen, hat Nachbarschaft einen herausragenden Stellenwert. Die Grundidee besteht darin, vor Ort und damit in der Nachbarschaft vorhandene Ressourcen zu mobilisieren und bedarfsgerecht zu verteilen. Solche Ressourcen können materieller Art sein und in Lebensmitteln, Getränken oder technischen Hilfsmitteln bestehen. Sie umfassen aber auch immaterielle Ressourcen wie medizinische oder technische Fachkenntnisse, die Bereitschaft Kinder zu betreuen, obdachlos gewordene in der eigenen Wohnung aufzunehmen usw. Gelänge die Organisation gegenseitiger Hilfe, wären die klassischen Hilfsorganisationen entlastet und könnten sich auf die Fälle und Situationen konzentrieren, die jenseits der Möglichkeiten der Selbsthilfe liegen.

Nachbarschaft, Hilfeerwartung und Hilfsbereitschaft in drei Berliner Quartieren

Soweit die Idee. Aber ist solch ein bevölkerungsnaher und aktivierender Ansatz realistisch? Selbsthilfe im Katastrophenfall verlangt ein hohes Maß an Verbindlichkeit. Es muss gesichert sein, dass Hilfe – sei es in Form von materiellen Gütern, von Unterstützungsleistungen oder von Information – alle erreicht, die sie benötigen und kein Bewohner ausgegrenzt oder auch nur übersehen wird. Der Katastrophenfall stellt weitaus höhere Anforderungen als das Annehmen von Post, das Gießen von Blumen oder die Organisation von Hoffesten. Es stellt sich also die für diesen Ansatz kritische Frage, ob in großstädtischen Quartieren stabile informelle nachbarschaftliche Netzwerke bestehen, aus denen heraus im Katastrophenfall nachbarschaftliche Selbsthilfe organisiert werden könnte.

Dieser Frage wurde in dem Projekt „Kat-Leuchttürme“ nachgegangen (www.kat-leuchtturm.de). In einem ersten Schritt wurden 800 Bewohner und Bewohnerinnen dreier Berliner Bezirke zu ihrem Hilfebedarf, ihrer Hilfeerwartung und ihrer Hilfsbereitschaft im Fall eines anhaltenden Stromausfalls schriftlich befragt. Es zeigte sich, dass die Bürgerinnen und Bürger eher bescheidene Erwartungen an staatliche Stellen oder die herkömmlichen Hilfsorganisationen haben und in hohem Maße die Bereitschaft äußerten, im Krisen- und Katastrophenfall anderen zu helfen (Ohder/Röpcke 2014). Was die Bürgerinnen zu dieser Hilfsbereitschaft bewegt oder auch davon abbringt, ob und in welcher Weise die bauliche und soziale Struktur von Nachbarschaften diese Hilfsbereitschaft beeinflusst, ob Ethnizität und Religion die Hilfsbereitschaft und -erwartungen prägen, wurde in einer zweiten qualitativen Studie untersucht (Sticher/Ohder 2015). Jeweils 20 Bewohnerinnen und Bewohner aus drei Berliner Quartieren, die sich baulich und sozio-strukturell stark voneinander unterscheiden, wurden zu diesen Themen mündlich befragt. Die ausgewählten Stadtgebiete waren die Thermometersiedlung und Lichtenfelde-West im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf sowie das Quartier um den Helmholtzplatz im Bezirk Mitte.

Grundsätzlich wurden die Ergebnisse der quantitativen Befragung bestätigt. Nachbarschaft wird in allen Untersuchungsgebieten „gelebt“. Man grüßt sich, tauscht Gefälligkeiten aus, beaufsichtigt das Ablesen des Stromzählers in der nachbarlichen Wohnung, lädt zu Festen ein usw. Insoweit besteht eine Basis für gegenseitige Hilfeleistungen im Katastrophenfall.

Nur wenige Personen, mit denen Interviews geführt wurden, gehen davon aus, dass sie im Katastrophenfall keinerlei Hilfe benötigen würden. Darüber hinaus ist das Bild uneinheitlich. Dies liegt zum einen an sehr unterschiedlichen Annahmen zur eigenen Vulnerabilität und zum anderen an den großen Unterschieden bei den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Dazu zählen Lebens-

mittel und Getränke aber auch das Vorhandensein von und Vertrauen in individuelle Bewältigungsstrategien.

Die Befragten gehen grundsätzlich davon aus, dass ihnen geholfen werden würde. Dabei nehmen sie mehr oder weniger deutlich auf die soziale Norm Bezug, dass denen geholfen werden muss, die eine Notlage nicht alleine bewältigen können. Unterschiedlich sind jedoch die konkreten Erwartungen. Diese lassen sich auf einem Kontinuum positionieren, welches sich zwischen zwei radikalen Positionen spannt: zum einen die Überzeugung, dass man in extremen Situationen nur von den nächsten Personen Hilfe erwarten könne, und zum anderen die Annahme, dass man von jedem Hilfe erwarten dürfe, der in der Lage sei zu helfen. Mehrheitlich wird von Verwandten, Freunden und Nachbarn aber auch von Menschen Hilfe erwartet, zu denen keine persönliche Beziehung besteht. Ein wesentlicher Grund für diesen Optimismus ist die Annahme, dass die Reziprozitätsnorm ihre Gültigkeit behält: *„Ich erwarte in einer solchen Situation Hilfe und daher bin ich bereit, Hilfe zu geben.“* Darüber hinaus wird der Katastrophenfall als eine Art Ausnahmesituation gesehen, in der „normalerweise“ bestehende Vorbehalte wegfallen und Hilfeleistungen leichter fallen.

Hilfebereitschaft wird in den Interviews vielfach in einem Verhältnis der Reziprozität reflektiert: Wer Hilfe erwartet, muss auch bereit sein Hilfe zu geben. Und da man in einem Katastrophenfall nicht ausschließen kann, Hilfe zu benötigen, muss man Mitmenschen helfen, die sich in einer Notlage befinden. Allerdings bestehen klare Prioritäten. Mit wenigen Ausnahmen würden die Befragten an erster Stelle Familienmitgliedern und guten Freunden helfen. Für viele haben aber einzelne Nachbarn *„über die Jahre des gemeinsamen Wohnens“* eine größere Bedeutung als Familienangehörige und Freunde gewonnen. Diese besonderen Nachbarn haben sich auch in Krisen als verlässlich erwiesen und die oben erwähnte Reziprozitätsnorm bildet die stabile Grundmelodie der Beziehung. Eine solche solide Symmetrie erscheint bei verwandtschaftlichen oder freundschaftlichen Beziehungen bisweilen weit weniger gesichert, als bei „guten“ Nachbarn, die auf derselben Etage, im selben Haus oder in einem der angrenzenden Häuser wohnen und im Lauf der Zeit Freunde geworden sind. Die empfundene Hilfeverpflichtung beruht insbesondere auf einer langen und störungsfreien Erfahrung von Geben und Nehmen. Personen, mit denen im Alltag und damit gewissermaßen im Normalbetrieb ein kooperatives Miteinander möglich ist, sind auch diejenigen, auf die man sich in der Katastrophe bezieht. Von ihnen erwartet man Hilfe und ihnen hilft man. Deutlich geringer ist die Hilfebereitschaft gegenüber Personen, die in anderen Quartieren wohnen, die wenig bekannt sind und mit denen keine Erfahrungen geteilt werden. Und wenig belastbar erscheint sie gegenüber Fremden.

Zumindest in der Selbstpräsentation und -reflexion folgt die Hilfebereitschaft klaren, generalisierbaren Regeln und niemand ist prinzipiell davon aus-

geschlossen. Allerdings wird in den Interviews auch deutlich, dass diese Regeln individuell und gruppenspezifisch ausgelegt und angewandt werden. So spielt die Frage, ob Hilfebedürftige in der Vergangenheit die Reziprozitätsnorm beachtet haben, eine nicht unwesentliche Rolle. Ist dies nicht der Fall, liegt für einige Befragte ein Ausschlussgrund vor. Andere wiederum würden in der Katastrophe gewissermaßen über ihren eigenen Schatten springen und auch Personen helfen, mit denen sie negative Erfahrungen gemacht haben. Die Angst ausgenutzt und übervorteilt zu werden, kann ebenfalls dazu führen, dass vorhandene Hilfsbereitschaft gewissermaßen zurückgehalten wird. Und Gleiches gilt für situative Umstände. Wer unsympathisch erscheint, wessen Verhalten als unverschämt oder aggressiv empfunden wird, hat es schwer, Hilfe zu bekommen. Und schließlich folgt die Hilfsbereitschaft auch Mustern sozialer (Un)Wertschätzung: Gegenüber „Säufern“, „Pennern“, „Fixern“ und je nach eigenem Hintergrund gegenüber „Ausländern“, „Deutschen“ und „Zigeunern“ ist man mehr oder weniger deutlich reserviert.

Hilfsbereitschaft ist nicht voraussetzungs- und vorbehaltlos und im Katastrophenfall dürften bestimmte Personen und Personengruppen von lokalen nachbarschaftlichen Hilfeleistungen aktiv ausgeschlossen werden. Zur Einschätzung nachbarschaftlicher Resilienzpotenziale ist jedoch die Frage wichtiger, ob nachbarschaftliche Netzwerke existieren und ob die Bürgerinnen und Bürger durch diese erfasst werden. Wenn dies der Fall wäre, ließen sich im Katastrophenfall Hilfebedarfe und lokale Hilferessourcen rasch und mit geringem organisatorischem Aufwand zusammenführen.

Das Gebiet Lichterfelde West ist eine „wohlhabende“ Villengegend mit hoher sozialer Homogenität, und nicht überraschend sind die Bewohner weitgehend in nachbarschaftliche Netzwerke eingebunden. Für die Thermometersiedlung, eine Großsiedlung aus den 1970er Jahren, die als „sozialer Brennpunkt“ gilt, ist dies nur bedingt der Fall. Wenig integriert sind Bewohner, die stark zurückgezogen leben, die ihren Umzug in die Siedlung als sozialen Abstieg betrachten und dies durch Manifestationen der Überlegenheit kompensieren oder Bewohner, die sich abschottenden ethnischen oder religiösen Gruppen angehören. Allerdings werden solche Segregationsprozesse zumindest teilweise durch „Aktivisten“ aufgewogen. Das sind Personen, die sich ehrenamtlich oder auch aus ihrer beruflichen Rolle besonderer Weise für das Quartier und dessen Bewohner engagieren und in dem Quartier bekannt sind. Im Gebiet Helmholtzplatz sind die sozialen Netzwerke vergleichsweise schlank und sind tendenziell segmentär organisiert. Es handelt sich um ein innerstädtisches Altbauquartier, das in den letzten Jahren bildungs- und einkommensstarke Bewohner und Bewohnerinnen angezogen hat. Die sozialen Verwerfungen sind vergleichsweise gering und individualisierte Lebensstile sehr präsent (Opaschowski 2005). Im Folgenden sollen die Ergebnisse zu diesem modernen „Vorzeigequartier“ einge-

hender betrachtet werden, denn es deutet sich an, dass Prozesse der Gentrifizierung und Pluralisierung nachbarschaftliche Netzwerke prägen und sich auf die Hilfeerwartung und -bereitschaft der Bewohnerinnen und Bewohner auswirken. In der Forschung zu Hilfeverhalten fehlen entsprechende Kontextualisierungen bisher weitgehend.

Nachbarschaft in einem „aufgewerteten“ innerstädtischen Wohnquartier

Das Gebiet Helmholtzplatz liegt im Ortsteil Prenzlauer Berg im östlichen Berlin. Es dominieren Altbauten, die größtenteils zwischen 1889 und 1905 errichtet wurden. Über 90 Prozent der knapp 14.000 Wohnungen wurden vor 1919 erbaut. Im Gebiet leben etwa 22.000 Menschen.

Ende der 1990er Jahre hatten 25 Prozent der Wohnungen eine ungenügende sanitäre Ausstattung und ca. 80 Prozent wurden mit Kohleöfen beheizt. Für die große Mehrzahl der Gebäude und Grundstücke bestanden nach dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) Rückübertragungsansprüche durch Alteigentümer. Im Oktober 1993 wurde das Gebiet „Prenzlauer Berg – Helmholtzplatz“ per Rechtsverordnung als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Zu dieser Zeit gab es eine größere Zahl besetzter Häuser und Selbsthilfeaktivitäten zur Nutzung verfallender Bausubstanz und deren Schutz vor Abriss.

Das Gebiet hat bis heute eine vergleichsweise junge Bevölkerung. Im Juni 2016 lag der Anteil der Einwohner unter 15 Jahre bei 16 Prozent, der der Einwohner im Alter von 65 Jahre und darüber lediglich bei 3,7 Prozent. Etwa ein Viertel der Einwohner hatte einen Migrationshintergrund. Von diesen hatte über die Hälfte Wurzeln in einem EU Land (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016). Im Jahr 2012 waren sieben Prozent arbeitslos gemeldet und ein etwa gleich hoher Anteil bezog staatliche Transferleistungen. Weniger als 50 Prozent lebten fünf Jahre und länger im Quartier (Senatsverwaltung für Soziales 2012). Ende 2014 lag die Arbeitslosigkeitsquote bei unter sechs Prozent (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015).

Etwa zwei Drittel aller Personen im erwerbsfähigen Alter sind erwerbstätig, ein Viertel der Erwerbstätigen ist selbstständig bzw. freischaffend tätig. Das Qualifikationsniveau der erwerbstätigen Bewohner und Bewohnerinnen ist hoch. Während im Jahr 2002 knapp die Hälfte der erwachsenen Bewohner über einen Hochschulabschluss verfügte, hatten 2012 mehr als zwei Drittel einen akademischen Abschluss (Jäckel/Oehlert 2012).

Die Haushaltseinkommen sind überdurchschnittlich gestiegen. Die mittleren Nettoeinkommen der Haushalte haben zwischen 2002 und 2012 berlinweit um etwa fünf Prozent zugenommen, im Gebiet Helmholtzplatz um ca. 60 Prozent. Allerdings sind die Einkommensunterschiede in dem Gebiet größer geworden. 2012 verfügten acht Prozent der Haushalte über weniger als 60 Prozent

des mittleren Berliner Äquivalenzeinkommens und waren somit einkommensarm (Jäckel/Oehlert 2012).

Das Gebiet um den Helmholtzplatz ist in Bezug auf die vorhandenen Milieus heterogen. Tonangebend sind die Milieus der Mitte. Allerdings gibt es größere „Einsprengsel“ von Milieus der Oberschicht wie auch der unteren Schicht (Anheier/Hurrelmann 2014). Bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen (2016) gewann ein Kandidat der Grünen das Direktmandat.

Die soziodemografische Entwicklung ist von Aufwertungstendenzen geprägt. Dies ist in erster Linie das Resultat von Zuzügen qualifizierter und einkommensstärkerer Personen im Rahmen von Fluktuations- und Austauschprozessen. In den vergangenen Jahren hat eine Verdrängung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen stattgefunden. Dies ist in erster Linie die Folge erheblicher Mietsteigerungen, insb. bei Neuvertragsabschlüssen. Die Durchschnittsmieten liegen deutlich über dem Berliner Niveau. Ein weiterer Grund für die Verdrängung der angestammten Bevölkerung ist die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Auf etwa 25 Prozent aller Grundstücke und bei etwa 30 Prozent aller Wohnungen ist eine Umwandlung in Teileigentum erfolgt.

Die Interviews lassen Trennlinien zwischen Alteingesessenen mit DDR Prägung und Zugezogenen „Wessis“ sowie zwischen Bewohnern mit und ohne Kinder erkennen. Es werden vier Gruppen sichtbar, die sich durch ihre Lebensstile deutlich voneinander unterscheiden: Studenten und Auszubildende, berufstätige Singles, Eltern kleiner Kinder sowie Alteingesessene.

Die Netzwerke der Befragten mit kleinen Kindern bestehen zu einem großen Teil aus anderen Eltern in gleicher Lebenslage, Personen also, die sich im Haus oder der Nachbarschaft finden lassen. Insofern haben deren Netzwerke eine lokale Ausrichtung. Entsprechendes gilt für die wenigen Älteren und Alteingesessenen. Zwischen den Gruppen bestehen jedoch wenig Berührungspunkte.

Etwas überspitzt lässt sich formulieren, dass sich die Bewohner mit dem Image und Lebensgefühl, der guten Lage und Infrastruktur des Quartiers identifizieren, dessen Bevölkerung jedoch nur ausschnitthaft wahrnehmen. Die nachbarschaftlichen Beziehungen werden uneinheitlich und insgesamt eher kritisch gesehen. Ein wesentlicher Grund ist eine starke Untergliederung der Quartiersbevölkerung in Gruppen mit divergierenden Interessen und Lebensstilen.

Tendenziell zufrieden mit der Situation sind die Bewohner mit jüngeren Kindern. Kitas und Schulen, öffentliche Spielplätze und insbesondere mit Budelkiste und Spielgeräten ausgestattete Innenhöfe bringen diese Quartiersbewohner zusammen und sie teilen ein elementares Interesse: das Wohl ihrer Kinder. *„Es gibt viele Familien Das verbindet sicherlich... Hier sitzt man mehr im selben Boot.“* (H5) *„Hier sind viele Leute mit Kindern, die sind ... ganz an-*

ders vernetzt – hier sind überall Kitas und Spielplätze.“ (H10) Diese Bewohnergruppe ist in ihrem näheren Wohnumfeld in unterstützende soziale Netzwerke eingebunden und erlebt Nachbarschaft positiv.

Für andere Bewohnergruppen bleiben die Beziehungen unverbindlich und sie haben Zweifel hinsichtlich ihrer Belastbarkeit im Krisen- und Katastrophenfall. Da Kinder den Zugang zu engeren nachbarschaftlichen Beziehungen eröffnen, fehlt kinderlosen Bewohnern die entsprechende Münze. *„Ich habe selber keine Kinder, deshalb bin ich da so ein bisschen raus.“ (H3)* Ein weiterer Grund ist Berufstätigkeit oder genauer: die hoch mobile, ausgedehnte und zeitlich wenig strukturierte Tätigkeit der jüngeren gut qualifizierten Bewohner. *„Weil fast 100% der Leute arbeiten und den ganzen Tag unterwegs sind und man sich dann einfach nicht so viel begegnet“ (H6),* fehlt eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung nachbarschaftlicher Beziehungen. Die Bewohner sehen auch hinderliche lebensstil- und milieubedingte Faktoren. Man wolle sich gar nicht näher kennenlernen und lege Wert auf Anonymität. *„Also man will jetzt nicht alles teilen oder ständig die Leute von der Nachbarschaft bei sich in der Wohnung haben; eine ständige soziale Kontrolle ist nicht gewünscht.“ (H14)* Und schließlich wird die nach wie vor als hoch wahrgenommene Bevölkerungsfuktuation als Hemmnis gesehen. *„Man weiß nie, wer denn eigentlich dazu gehört.“ (H17)* Zur Anonymität würden auch die vielen Ferienwohnungen im Kiez beitragen.

Ältere Bewohner sind im Gebiet Helmholtzplatz wenig präsent. Ihre Zahl ist gering und sie zählen zudem zu der Minderheit der Alteingesessenen. Ihre sozialen Netzwerke sind, sofern vorhanden, ausgedünnt und isoliert. Studenten und berufstätige Singles sind zwar in tragfähige und teilweise große Netzwerke eingebunden, aber diese sind kaum an das Wohnquartier gebunden. Nachbarschaftliche Kontakte bleiben für diese Bewohner dagegen unverbindlich und in hohem Maße kontingent. Es zeichnen sich somit keine starken nachbarschaftlichen Resilienzfaktoren ab. Da in den Haushalten wenig Vorräte vorhanden sind, ergibt sich tendenziell sogar eine erhöhte Vulnerabilität. Günstig dürfte sich im Katastrophenfalls jedoch die alters-, bildungs- und berufsbedingte hohe soziale Kompetenz der Bewohner auswirken, die sie in die Lage versetzt, sich vergleichsweise rasch und flexibel auf die Folgen von Infrastrukturausfällen einzustellen.

Fazit

Bewohner, die lange Zeit in einem Quartier leben, entwickeln eine Gebietsbindung und nachbarschaftliche Beziehungen sind für sie tendenziell besonders wichtig. Dieses Ergebnis ist in großen Teilen eine Folge selektiver Mobilität. Insofern ist eine lange Wohndauer in einem Quartier auch ein Indikator für eine

hohe Passung. Dies wird bei den Bewohnern des Quartiers Lichterfelde West besonders deutlich. Sie sind mit ihrer physischen Nachbarschaft biografisch verbunden, streben mit allen Bewohnern der Nachbarschaft ein freundliches, kooperatives Verhältnis an und haben zu einzelnen Nachbarn verbindliche und belastbare Beziehungen entwickelt. Aber die Verwurzelung im Umfeld korreliert nicht zwangsläufig mit langer Wohndauer. In der Thermometersiedlung stärken kollektive Erfahrungen wie die Bewältigung eines schweren Kellerbrandes in einem der Hochhäuser oder von den Bewohnern als bedrohlich erlebte Entwicklungen wie der Verkauf der Siedlung an einen Investor „Bindung“. Dagegen bleiben Bewohner, die ihr Leben in der Siedlung weniger als Wahlentscheidung denn als Resultat fehlender Alternativen sehen, distanziert und fast feindselig. Im Quartier Helmholtzplatz haben Sanierung und Gentrifizierung zu einer Ausdünnung der alteingesessenen Bewohner geführt. Ihr Lebensumfeld hat sich nicht durch Wegzug, sondern durch ihr Verbleiben im Quartier geändert und die Folge ist, dass sie sich dort gewissermaßen als Fremde fühlen. Ihre nachbarschaftlichen Beziehungen sind verengt.

Generell lassen die Ergebnisse erkennen, dass Gemeinsamkeiten wie geteilte Interessen und Erfahrungen oder auch gleiche Positionen und Einstellungen die Entwicklung ortsbezogener und stabiler nachbarschaftlicher Netzwerke fördern. Dies ist insbesondere der Fall, wenn solche Gemeinsamkeiten gruppenübergreifend sind. Ethnische oder soziale Differenzen können dann in den Hintergrund treten. Partikuläre Gemeinsamkeiten wie Hundebesitz oder die Zugehörigkeit zu einer sich abschottenden religiösen Gemeinschaft stärken dagegen sektorale Netzwerke und können sogar zu Polarisierungen führen.

Eine gute Ausstattung des öffentlichen Raums mit (Spiel)Plätzen, Grün- und Sportanlagen usw. stärkt Nachbarschaft in zweierlei Hinsicht. Zum einen sind die Bewohner nicht gezwungen auf andere Stadtbereiche auszuweichen und zum anderen werden dadurch Begegnungs- und Interaktionsmöglichkeiten geschaffen. In gleicher Weise wirkt eine bedarfsgerechte *Infrastruktur* an Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit- und Sozialeinrichtungen. Letztere sind dort besonders wichtig, wo soziale Probleme die Bewohner stark belasten oder Kommunikation und Interaktion im Quartier eine Plattform benötigt. In der Thermometersiedlung werden nachbarschaftliche Strukturen durch diese Einrichtungen in besonderer Weise stabilisiert, in dem Quartier Helmholtzplatz sind sie Bezugspunkt für die Altbewohner.

Quartiersübergreifend hat Nachbarschaft für die Befragten einen hohen Stellenwert. Sie beobachten Entwicklungen aufmerksam, machen sich ein Bild von ihren Nachbarn und sehen durchaus, dass Nachbarschaft ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität und -zufriedenheit ist. Allerdings sind die Intensität der tatsächlichen Beziehungen mit Nachbarn und die Qualität der Verwobenheit mit der Nachbarschaft unterschiedlich. Das eine Extrem bilden Studenten und

jüngere Berufstätige ohne Kinder, für die Wohnung ein Lebensort neben anderen ist. Sie nutzen sie als Schlafstätte und blicken fast wie unbeteiligte Außenstehende auf ihre Nachbarn. Das andere Extrem bilden ältere Menschen, die seit Jahrzehnten in ihrem Quartier leben und deren Lebensgeschichte sie mit ihren Nachbarn verbindet. Ihre Wohnung ist ihr Lebensmittelpunkt und ihre sozialen Netzwerke haben einen starken örtlichen Bezug. Verbindlichkeit und Intensität nachbarschaftlicher Beziehungen werden somit in hohem Maße durch die Altersstruktur und den Lebensstil der Bewohner beeinflusst.

Vergleichbare Bildungshintergründe, Einkommenslagen und ethnische Homogenität erleichtern die Entwicklung tragfähiger nachbarschaftlicher Netzwerke, da Kommunikation, gegenseitige Hilfe und Unterstützung gewissermaßen voraussetzungslos möglich sind. Allerdings ist Homogenität kein Garant für solche Netzwerke und ethnische Heterogenität kein Hindernis. Wichtiger ist die Art und Weise, in der Gemeinsamkeiten und Unterschiede individuell verarbeitet werden, d.h. welche Lebensstile und Milieus präsent sind. Inkompatibilitäten, wie dies im Gebiet Helmholtzplatz der Fall ist, können sich nachteilig auswirken. Bei einer starken Segregation nach Lebensstil wird besonders deutlich, dass einzelne Bewohnergruppen, vor allem Personen mit massiven sozialen und psychischen Problemen, nicht integriert sind und im Katastrophenfall von den bestehenden segmentären Netzwerken kaum erreicht werden würden. Sie könnten ohne eine organisierte Aktivierung der Selbsthilfe vor Ort wenig Unterstützung erwarten.

Informelle Hilfenetzwerke sind wichtige Ressourcen für die Bewältigung von Katastrophen. Sie beruhen auf sozialen Beziehungen, die sich in wohnungsnahen Interaktionsräumen formieren. Aber solche räumlichen Konstellationen sind nicht zwangsläufig Ausgangspunkt oder Grundlage für unterstützende soziale Beziehungen. Sie bestehen auch zwischen Freunden, Verwandten oder Arbeitskollegen. Insofern sind informelle Hilfenetzwerke nicht grundsätzlich raumgebunden und angesichts urbaner Lebensstile, die mit einer hohen physischen Mobilität und einer intensiven Nutzung der vielfältigen Möglichkeiten der Telekommunikation verbunden sind, stellt sich die Frage ob Nachbarschaft - zumindest in Quartieren, in denen bestimmte Lebensstile und Milieus stark präsent sind - an Bedeutung verliert und sich nachbarschaftliche Hilfenetzwerke daher als wenig ausgeprägt und belastbar erweisen könnten. Für eine solche Annahme spricht die Tendenz zur Fragmentierung von Lebensräumen. Arbeitsort, Wohnung des Partners oder der Partnerin, Freizeitort, Ort der Eltern oder guter Freunde sind separate Lebensräume. Durch diese Verbindung mit einer Vielzahl von Lebenswelten wird die Bindung an den konkreten Ort Nachbarschaft geschwächt. Zudem sind digitale Medien Raumbrücken. Soziale Netzwerke können sich über größere Distanzen hinweg bilden und soziale Beziehungen werden in sehr unterschiedlichen räumlichen Konstellationen mög-

lich. „Mobile“ Stadtbewohner gestalten ihr Leben jenseits des Wohnortes, sie „verfügen über räumlich unabhängige soziale Beziehungsräume“ (Schües 2014, S. 334).

In dieser Perspektive ist es – in Abgrenzung zu den eingangs umrissenen modernitätskritischen Positionen- nicht die urbane Lebensweise schlechthin, die nachbarschaftliche Beziehungen schwächt, sondern die Konkurrenz räumlich diffuser und digital unterstützter sozialer Netzwerke mit hohem Komfortwert. Anders als in der Nachbarschaft, in der man mit den Personen vorliebnehmen muss, die vor Ort wohnen, ist bei diesen die Zahl möglicher Kontaktpartner kaum begrenzt, man kann unter ihnen wählen und einengende, unangenehme Kontakte beenden. Intensität und Dauer der Interaktionen sind steuerbar.

Der Zugang zu diesen mehr oder weniger raum- und mitgliedsffenen Netzwerken ist jedoch nicht barrierefrei. Erforderlich sind soziale Kompetenzen, eine technische Infrastruktur deren Anwendung beherrscht werden muss und auch die Voraussetzungen für räumliche Mobilität. Wer ein bestimmtes Bildungs- und Einkommensniveau erreicht, einem bestimmten Milieu angehört, findet leichten Zugang. Für Alte, Kinder, gesundheitlich angeschlagenen Personen, Einkommensschwache oder Alleinerziehende sind dagegen die Barrieren hoch. Für sie ist nach wie vor der Nahraum der Ort, in dem Interaktionen stattfinden und sich soziale Netzwerke bilden. Insofern bleiben soziale Netzwerke für besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen raumgebunden und damit in einem erheblichen Maße mit Nachbarschaft verbunden. Für den Katastrophenfall erfordert dies besondere Anstrengungen, denn es gilt die raumgebundenen und raumoffenen sozialen Netzwerke miteinander zu verzahnen. Chancen hierfür bietet ein aktivierendes bevölkerungsnahes Katastrophenmanagement, das allerdings eine „kritische Masse“ örtlich denkender und handelnder Akteure zur Voraussetzung hat (Ohder/Sticher 2015).

Literatur

- Abt, J./ Hempel, L./ Henckel, D./Pätzold, R./Wendorf, G. (Hg.) 2014: Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit: Akteure, Kulturen, Bilder. Wiesbaden
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016: Statistischer Bericht A I 16 – hj 1/16. Potsdam
- Anheier, H./Hurrelmann, K. (Hg.) 2014: Die Hauptstädter: Berlin 25 Jahre nach dem Mauerfall. Gemeinnützige Hertie-Stiftung. Hamburg
- Bösch, J. 1991: Nachbarschaftshilfe für Gesunde und Kranke: eine empirische Untersuchung in einem Zürcher Stadtquartier über Zusammenhänge zwischen psychosozialer Belastung, sozialer Unterstützung und Gesundheit sowie über die Mobilisierbarkeit von Nachbarschaftshilfe. Zürich
- Gans, H. J. 1982: The urban villagers: group and class in the life of Italian-Americans Updated and expanded edition. New York/London

- Glatzer, W./Zapf, W./Berger-Schmitt, R. (Hg.) 1984: Lebensqualität in der Bundesrepublik: objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt/M./New York
- Günther, J. 2005: Das soziale Netz der Nachbarschaft als System informeller Hilfe. In: Gruppendynamik und Organisationsberatung, Jg. 36 (2005), H. 4, S. 427-442
- Hamm, B. 1972: Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs. Düsseldorf
- Hamm, B. 2000: Nachbarschaft. In: Häußermann, H.: Großstadt - Soziologische Stichworte. Wiesbaden, S. 172-181
- Hermann, D. 2009. Sozialkapital und Sicherheit. In: Marks, E./Wiebke, S. (Hg.): Engagierte Bürger - sichere Gesellschaft: Ausgewählte Beiträge des 13. Deutschen Präventionstages (2. und 3. Juni 2008 in Leipzig). Mönchengladbach
- Hillmann, K.-H. 1994: Nachbarschaft. In: Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart
- Jäkel, R./Oehlert, W. 2012: Endbericht zur Sozialstudie Sanierungsgebiet Prenzlauer Berg – Helmholtzplatz. Überprüfung der Ergebnisse der Sanierung. Berlin
- Klages, H. 1958: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit. Köln
- Netzwerk Nachbarschaft: Internet: <http://www.netzwerk-nachbarschaft.net/> [zuletzt aufgesucht am 23.10.2016]
- Nextdoor: Join the free private social network for your neighborhood. Internet: <https://nextdoor.com/> [zuletzt aufgesucht 23.10.2016]
- Niejahr, E. 2012: Nachbarschaftshilfe. Das Netzwerk nebenan. In: Zeit Online. Internet: <http://www.zeit.de/2012/33/Netzwerk-Nachbarschaft> [zuletzt aufgesucht am 24.10.2016]
- Ohder, C. 2014: Polizeiarbeit in städtischen Kooperationsbeziehungen. In: Abt, J./Hempel, L./Henckel, D./Pätzold, R./Wendorf, G. (Hg.): Dynamische Arrangements städtischer Sicherheit: Akteure, Kulturen, Bilder. Wiesbaden, S. 143-164
- Ohder, C./Sticher, B. 2015: Kat-I Handbuch - Konzept, Zuständigkeiten, Kommunikationstools. Katastrophenschutz-Informations- und Interaktionspunkte als Element des bürgernahen Katastrophenschutzes. Internet: <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/550/Kat-I+Handbuch%2C+2016.01.07.pdf> [zuletzt aufgesucht am 31.9.2016]
- Ohder, C./Röpcke, J. 2014: Hilfebedarf, Hilfeerwartung und Hilfebereitschaft bei einem Stromausfall. Die Ergebnisse einer Bürgerbefragung in Berlin
- Opaschowski, H. 2005: Besser leben, schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft. Darmstadt
- Petersen, T. 2012: Gute Nachbarn. In: Berliner Republik, (2012), H. 1. Internet: <http://www.b-republik.de/archiv/ausgabe/88> [zuletzt aufgesucht am 31.9.2016]
- Putnam, R. D. 1995: Bowling Alone: America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy, Vol. 6 (1995), No. 1, S. 65-78
- Putnam, R. D. 2001: Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community. New York
- Reutlinger, C./Stiehler, S./Lingg, E. (Hg.) 2015: Die Nachbarschaft soll es richten – Allgegenwärtigkeit eines Konzepts. In: Soziale Nachbarschaften: Geschichte, Grundlagen, Perspektiven. Wiesbaden, S. 11-21
- Sampson, R. J. 2012: Great American City: Chicago and the enduring neighborhood effect. Chicago

- Schües, C. 2014: Nachbarschaft – eine fragile Beziehung. In: Staudigl, M. (Hg.): Gesichter der Gewalt. Paderborn, S. 333-351
- Schweer, B./Ohder, C. 2015: Bürgerbeteiligung in Katastrophen. In: BRANDSchutz. Deutsche Feuerwehr-Zeitung, (2015), H. 10, S. 839 -843
- Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales (Hg.) 2014: Handlungsorientierter Sozialstrukturatlas Berlin 2013. Berlin
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015: Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015
- Siebel, W. 2009: Ist Nachbarschaft heute noch möglich? In: Herzau, A./Siebel, W./Arnold, D. (Hg.): Nachbarschaft. München, S. 7-13
- Siebel, W. 2015: Nachbarschaft. In: fiph Journal, (2015), H. 10, S. 11-17
- Singelstein, T./Stolle, P. 2012: Die Sicherheitsgesellschaft: soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert. 3. Auflage. Wiesbaden
- Sticher, B. (Hg.) 2014: Die Einbindung der Bevölkerung in das Krisen- und Katastrophenmanagement in Deutschland (der BRD) nach dem Zweiten Weltkrieg. Exemplarisch verdeutlicht an fünf Katastrophenereignissen. Internet: <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/412/Einbindung+der+Bev%C3%B6lkerung+in+das+Krisen-+und+Katastrophenmanagement+08+05+2014.pdf> [zuletzt aufgesucht am 25.10.2016]
- Sticher, B./Schweer, B./Ohder, C./Boehme, K./Geißler, S. 2013: Anhaltender Stromausfall in Berlin. Stand und Entwicklungsperspektiven des Krisen- und Katastrophenmanagements. Frankfurt/M.
- Sticher, B./Ohder, C. 2013: Einbeziehung der Bevölkerung in das Katastrophenmanagement. In: SI-AK-Journal-Vierteljahresschrift, (2013), H. 2, S. 81-93
- Sticher, B./Ohder, C. 2015: Hilfeeerwartung und Hilfebereitschaft von Großstadtbewohnern im Katastrophenfall „anhaltender Stromausfall“. Ergebnisse einer qualitativen Bürgerbefragung in drei Berliner Quartieren. Internet: <https://opus4.kobv.de/opus4-hwr/files/551/Qualitative+Buergerbefragung+2015.12.29+%282%29.pdf> [zuletzt aufgesucht am 31.9.2016]
- Wann würden Sie beim Nachbarn klingeln? Internet: <http://chrismon.evangelisch.de/umfragen/2013/wann-wuerden-sie-beim-nachbarn-klingeln> [zuletzt aufgesucht am 23.10.2016]
- WirNachbarn 2016: Internet: <https://wirnachbarn.com/> [zuletzt aufgesucht am 23.10.2016]
- Wurtzbacher, J. 2004: Sicherheit durch Gemeinschaft? Bürgerschaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit. Opladen